

Politischer Jahresbericht

Nigeria 2007/2008



Lagos

Länderbüro Nigeria, Juni 2007 – Juni 2008

Von Dr. Stefan Cramer

Juni 2008

Inhalt

Zusammenfassung	3
Demokratische Entwicklung	4
Wirtschaftliche Entwicklung	8
Gewaltsame Konflikte	13
Klimawandel	15
Ausblick	18
Quellen	20
Abkürzungen	21

Zusammenfassung

Die massiv gefälschten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom April 2007 haben mit der Regierung Yar'Adua eine neue Ära in der nigerianische Politik eingeläutet: Rechtstaatlichkeit und gute Regierungsführung stehen im Mittelpunkt. Sie scheitern jedoch an den nigerianischen Realitäten, auch Mitglieder der neuen Regierung gehören zum „politisches Unternehmertum“. Die zahlreichen erfolgreichen Wahlanfechtungen zeigen, dass Klagen öfter als früher erfolgreich sein können: So werden die größten Wahlfälschungen korrigiert. Außerdem verfolgen die unabhängigen Antikorruptionsbehörden zahlreiche Regierungsmitglieder, ohne Ansehen der Person oder ihres Einflusses. Dabei entsteht jedoch der Eindruck, dass auch der jetzige Präsident diese Institutionen und ihre Kompetenzen dazu benutzt, unter den Anhängern seiner politischen Gegner aufzuräumen und sich eine eigene Hausmacht zuzulegen. Beeindruckend war ebenso, in welcher Geschwindigkeit der ehemalige Staatspräsident Olusegun Obasanjo entmachtet und entzaubert wurde. Eine Schwachstelle der Justiz bleibt das Gefängniswesen, das permanent gegen die Verfassung verstößt, beispielsweise mit der Dauer von Untersuchungshaft von über zehn Jahren. Die Medien sind unabhängig, aber zersplittert und nicht von großer Qualität.

Der nigerianische Wirtschaftsaufschwung von sechs Prozent ging weitgehend an der nigerianischen Bevölkerung vorbei. Wichtige Wirtschaftszweige wie Banken, Ölindustrie und Landwirtschaft verzeichnen eine gute Zuwachsrate. Auch der Außenhandel wächst, seit 2006 über 30 Prozent. Nigeria hat seine Auslandsschulden vollständig abgebaut und verfügt derzeit über ein großes Guthaben an Fremdwährungen. Makroökonomische Fundamentaldaten klingen positiv: Ein anhaltend hohes Wirtschaftswachstum wird für 2008 mit 7 bis 9 Prozent prognostiziert. Eine niedrige Inflation von 5 bis 7 Prozent, hohe Außenhandelsüberschüsse und reduzierte Ausgaben bieten der Regierung Yar'Adua weitreichende Handlungsspielräume. Die anhaltend hohen Ölpreise unterstützen das.

Die Realität indes sieht anders aus. Die nigerianische Wirtschaft befindet sich nach Ansicht zahlreicher Beobachter in einer strukturellen Krise, deren Auswirkungen noch nicht abzusehen sind. Das gegenwärtige Wachstum ist nicht gefestigt: Die Ölförderung ist wegen der anhaltenden Unruhen im Niger-Delta auf weniger als 50 Prozent gesunken. Bedrohlich ist, dass zurzeit keine neuen Reserven entdeckt und erschlossen werden. Die nigerianische Gasförderung kann diese Verluste nicht ausgleichen. Ein überraschender Angriff der Movement for the Emancipation of the Niger-Delta (MEND) im Juni 2008 auf die Produktions- und Aufbereitungsanlagen des offshore-Feldes Bonga von SHELL auf hoher See hat die Industrie stark verunsichert. Die Strategie der Erdölindustrie, aus Sicherheitsgründen in den offshore-Bereich auszuweichen, blieb offensichtlich erfolglos. Das verarbeitende Gewerbe kommt aufgrund der Infrastrukturkrise (keine nationale Stromversorgung, schlechter Zustand der Verkehrswege) nicht in Schwung. So steuert das Land in eine ökonomische Krise, die die Grundfesten der nigerianischen Gesellschaft in Zukunft stark erschüttern kann.

Die Themen im Einzelnen

Demokratische Entwicklung

Das wichtigste Ereignis in Nigeria waren 2007 die Parlaments-, Gouverneurs- und Parlamentswahlen im April. Die Ergebnisse: Umaru Musa Yar'Adua, eher unbekannter Kandidat der People's Democratic Party (PDP), kam als Ziehsohn des scheidenden Präsidenten General Olusegun Obasanjo spät in den Wahlkampf und gewann die Wahl mit großer Mehrheit.



Selbst ohne massive Wahlfälschungen hätte die Regierungspartei die Wahlen leicht gewonnen. Diese waren nach den Berichten internationaler Wahlbeobachter die undemokratischsten und am stärksten verfälschten Wahlen seit der Unabhängigkeit Nigerias 1960. Dennoch fiel das Ergebnis beeindruckend eindeutig aus.

Nach Angaben der Unabhängigen Nigerianschen Wahlkommission INEC wurde der Präsident von 24,6 Millionen der insgesamt 60 Millionen registrierten WählerInnen in das höchste Staatsamt gewählt. Seine Legitimität wurde und

wird weiterhin sowohl im Ausland als auch innerhalb Nigerias angezweifelt. Ende 2008 beschied das Oberste Wahlgericht die Wahlanfechtungsklage der unterlegenen Oppositionskandidaten Muhammadu Buhari and Atiku Abubakar „aus Mangel an Beweisen“ negativ, obwohl die Kläger dem Gericht eine lange Beweisliste mit Wahlfälschungen vorgelegt hatten. Beide Antragsteller legten Berufung beim Obersten Gericht ein. Dessen Spruch liegt heute, mehr als ein Jahr nach den Wahlen, immer noch nicht vor.

Mittlerweile haben sich die meisten Nigerianer mit dem Präsidenten abgefunden. In den ersten zwölf Monaten seiner Amtszeit hat er die Rechtstaatlichkeit über alle anderen Kriterien gestellt und damit zunächst viel Zustimmung in der Bevölkerung gefunden. Plötzlich war in Nigeria einiges möglich: So wurde der ehemalige Gouverneurs des Bundesstaates Delta, Chief James Ibori, verhaftet. Ibori war wegen Korruption und Geldwäsche im Dezember 2007 verhaftet worden. Das Einmalige an diesem Vorgang: James Ibori hatte maßgeblich den Wahlkampf der PDP und des Präsidenten finanziert.

In acht von insgesamt 36 Bundesstaaten konnten sich zunächst oppositionelle Kandidaten durchsetzen, alle anderen Posten gingen an die Regierungspartei PDP. Inzwischen haben die Wahltribunale ihre Arbeit aufgenommen, um die stärksten Betrügereien während der Wahlen zu ahnden. Das sogar konsequent und erfolgreich.

Bis Anfang Juni 2008 verloren bereits fünf Gouverneure ihre Ämter. Darüber hinaus mussten die Wahlen in sechs Bundesstaaten (Cross River, Kogi, Kebbi, Kwara, Enugu und Bayelsa) wegen massiver Unregelmäßigkeiten, meist bei der Aufstellung der Kandidaten, wiederholt werden. Einige ehemalige Gouverneure sind bereits rechtskräftig verurteilt.

Aber auch in der Wirtschaft gewinnt der Kampf gegen die Korruption an Fahrt. Meist als Auswirkung von Verfahren, die vor ausländischen Gerichten anhängig sind, gerät die nigerianische Regierung unter Druck, zu prüfen, woher die Korruptionsgelder kamen. So sind zahlreiche internationale Firmen der Ölindustrie (Halliburton, Wilbros und andere), der Telekommunikationsindustrie (Siemens), der Bauindustrie (Julius Berger) und viele andere ins Visier der nigerianischen Ermittler geraten. Die Strafverfolgungsbehörden und vor allem die Antikorruptionsbehörden (EFCC, Independent Corrupt Practices Commission, ICPC) sind dabei stark in die Öffentlichkeit gerückt. Mittlerweile verstärkt sich der Eindruck, dass auch dieser Präsident wie bereits sein Vorgänger diese Institutionen und ihre Kompetenzen dazu benutzt, unter den Anhängern seiner politischen Gegner aufzuräumen und sich so eine eigene Hausmacht zuzulegen.

Beeindruckend in den vergangenen Monaten war, in welcher Geschwindigkeit der ehemalige Staatspräsident Olusegun Obasanjo entmachtet und entzaubert wurde. Politische Beobachter

sahen darin nicht immer nur eine rasche Anpassung an die neuen Machtverhältnisse im Staate, sondern oft das Begleichen alter Rechnungen. Offensichtlich hatte Obasanjo einen brutalen Führungsstil, der vor allem unter seinen alten Weggefährten viele Kritiker hervorbrachte. Selbst seine eigene Familie belastete ihn in Gerichtsverfahren. Das wurde in der Presse breit dargestellt. Selten wurde ein gerade zurück getretener Staatspräsident so rasch entthront.

Die Vorschusslorbeeren für den neuen „Präsidenten wider Willen“ und seine Glaubwürdigkeit, Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen und die Korruption einzudämmen, waren rasch aufgebraucht. Die politische Stimmung im Land kippte im ersten Quartal 2008. Den Anlass dazu gab das Gesundheitsministerium, das entgegen einer klaren Order des Präsidenten ein altes „Gewohnheitsrecht“ aufleben ließ: Nicht verausgabte Mittel wurden nicht an die Staatskasse zurück überwiesen, sondern unter leitenden Beamten und Mitgliedern der zuständigen Parlamentsausschüsse verteilt. Die Führungsriege im Ministerium wurde abgelöst. Doch dem staunenden Publikum wurde bei der Aufarbeitung des Falles deutlich, wie stark die alten Seilschaften in der neuen Regierung und im Parlament noch verankert sind und wie stark das Phänomen der „Politik als Unternehmertum“ die Arbeit der Regierung lähmt. Während der ersten zwölf Monate verbrauchte sich das Argument, dass die schlechte aktuelle Lage des Landes allein auf die Versäumnisse der Vorgängerregierung zu-

rückzuführen seien. Das Parlament setzte zwei Untersuchungsausschüsse ein, um die staatlichen Investitionen und korrupten Praktiken im Stromsektor und in der Öl- und Gasförderung aufzudecken. Die Zwischenergebnisse zeigten, dass diese Regierung stärker mit dem Anprangern der Vorgängerin beschäftigt war, als die aktuellen Probleme zu lösen.

Durch die lange Trockenzeit um die Jahreswende sanken die Pegelstände der meisten Staudämme, die der Stromerzeugung dienen, weiter nach unten. Gleichzeitig stockte die Gasversorgung der neuen Kraftwerke. Die Ursache: Sabotage und mangelnder Wartung der Pipelines aus dem Delta. Das heißt, dass Strom nur wenige Stunden am Tag fließt, sogar noch seltener als während der letzten Obasanjo-Jahre. Der nigerianische Volksmund nennt den zögernden Präsidenten "Baba-go-slow", in Anlehnung an die häufigen Verkehrsstaus auf den Straßen der Hauptstadt Lagos. Das nigerianische Feuilleton nennt das eine „Politik des Stillstands“.

In der nigerianischen Presse und unter Menschenrechtsaktivisten tobt eine heftige Debatte, ob denn der Antikorruptionskampf unter Präsident Yar'Adua ins Stocken geraten sei oder sich in einer neuen Phase befindet. Befürworter der ersten These finden sich in allen politischen Lagern. Prominenter Sprecher dieser Denkrichtung ist der Senatspräsident David Mark. Er weist auf die geringe Geschwindigkeit hin, mit der viele Verfahren betrieben werden und sich so noch

viele Jahre hinziehen werden. Vor allem die verfassungsrechtlich fragwürdige Ablösung des Vorsitzenden der Economic and Financial Crimes Commission (EFCC), Nuhu Ribadu, im Dezember 2007 und die Ernennung der ehemaligen Polizeivizepräsidentin Faridah Waziri zu seiner Nachfolgerin werden kritisiert. Die Verteidiger des Präsidenten weisen darauf hin, dass zahlreiche brisante Verfahren anhängig sind, und es keinen Sinn macht, alle Prozesse gleichzeitig zu eröffnen. Insbesondere das Verfahren gegen den ehemaligen Gouverneur des Bundesstaates Delta, Chief James Ibori, wird als Beleg gewertet, dass es dem Präsidenten ernst ist mit dem Kampf gegen Korruption und für mehr Rechtstaatlichkeit, ohne Ansehen der Person.

Das neu gewählte Parlament hat viel von seiner Demokratiedividende verspielt. Die ersten sechs Monate der neuen Legislaturperiode wurden durch einen Parlamentsskandal überschattet. Die Präsidentin des Unterhauses, Patricia Etteh, hatte sich und ihrem Stellvertreter, Babangida Nguroje, großzügige Renovierungen der Dienstvillen jenseits aller Haushaltsregeln genehmigt. Die noch von Obasanjo ausgewählte Politikerin fühlte sich unangreifbar, das Parlament war gelähmt und konnte über Monate keinen sinnvollen Gesetzgebungsprozess voranbringen. Es kam zu Tumulten und Handgreiflichkeiten im Plenum, ein Parlamentsabgeordneter erlag dabei einem Herzinfarkt. Ebenso wurde das Ansehen der Volksvertretung durch den Korruptionsskandal

im Gesundheitsministerium in Mitleidenschaft gezogen.

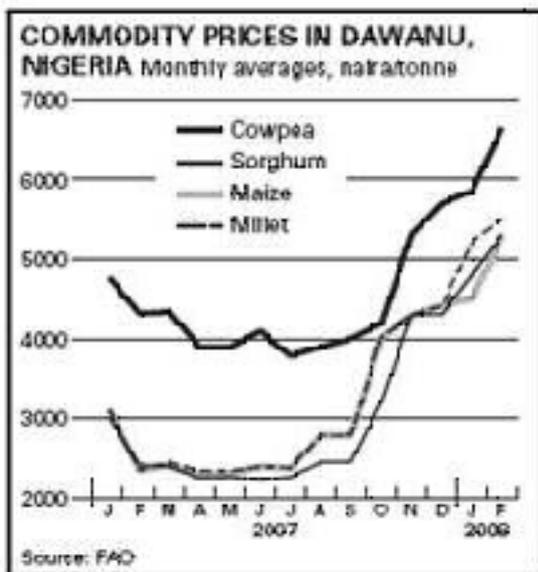
In den vergangenen Jahren hat sich die nigerianische Justiz immer stärker zu einer unabhängigen Institution der Rechtspflege und des Ausgleichs der Macht zwischen den verschiedenen Regierungsebenen entwickelt. In den langen Jahren der Militärregierungen waren Gerichtsentscheidungen stets den Dekreten der jeweiligen Militärregierungen unterworfen. Insofern stellt eine unabhängige Justiz ein neues Phänomen in Nigeria dar. „Why pay a lawyer when you buy a judge?“ lautete früher der gängige Vorwurf der Bestechlichkeit und Angst gegenüber den Mächtigen des Landes. Auch erschweren veraltete und widersprüchliche Gesetze die juristische Arbeit. Erst die Verfassung von 1999 sieht Autonomie und Schutz der Judikative vor. Das National Judicial Council koordiniert die Anstellung, Beförderung, Finanzierung und die Qualitätskontrolle der Judikative im Land. Der Regierungseinfluss ist jedoch noch nicht vollständig zurückgedrängt. Das Justizbudget wird weiterhin vom Parlament festgelegt. Ebenso werden die Gerichtspräsidenten vom Präsidenten oder den Gouverneuren der Bundesstaaten ernannt, auf Vorschlag des National Judicial Council (NJC) und nach Zustimmung durch den Senat. So ergeben sich in der Finanzausstattung und der Personalpolitik immer wieder Einflussmöglichkeiten. Die gegenwärtige Überarbeitung der Verfassung soll auch hier zu einer größeren Unabhängigkeit der Justiz führen. Nicht unerwähnt blei-

ben darf die traditionelle Gerichtsbarkeit von customary courts und Sharia courts, die weiterhin eine wichtige Rolle in der Rechtsprechung spielen. Der größte Schwachpunkt der Justiz bleibt das Gefängniswesen. Die langen Wartezeiten von bis zu zehn Jahre oder länger auf einfache Gerichtsverfahren stellen eine massive Menschenrechtsverletzung dar. Gleichzeitig sind die Gefängnisse in einem desolaten Zustand: Die Menschen dort verhungern, wenn sie nicht von ihren Familien mit Nahrungsmitteln versorgt werden. Die Regierung Yar'Adua hat eine Amnestie und eine grundlegende Gefängnisreform angekündigt – für das Jahr 2010. Geschehen ist bislang nichts.

Die nigerianischen Medien sind unabhängig, aber zersplittert. Mehr als 30 Tages- und Wochenzeitungen, sieben nationale und mehr als 50 lokale Rundfunk- und Fernsehsender teilen sich den Markt. Investigativer Journalismus wird nur von wenigen Pressehäusern betrieben. Viele Zeitungen gelten als politische Sprachrohre ihrer jeweiligen Besitzer und leben von bezahlten Redaktionsbeiträgen und ethisch fragwürdigen Geschäftspraktiken. Trotz bestehender Zensurgesetze zeigen die Zeitungen einen bemerkenswert freien Umgang mit politischen Themen, oft allerdings in einer unqualifizierten Form, die zu häufigen Verleumdungsklagen führen.

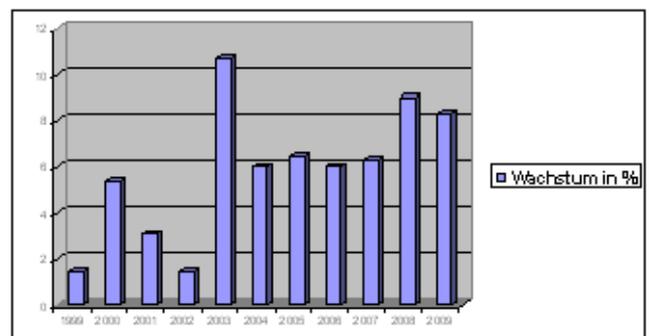
Wirtschaftliche Entwicklung

Der nigerianische Wirtschaftsaufschwung ist weitgehend an der eigenen Bevölkerung vorbeigegangen. Nach Angaben der Weltbank leben 54 Prozent der rund 140 Millionen Nigerianer unterhalb der Armutsgrenze. Diese liegt in Nigeria bei einem Verdienst von 2 US-Dollar pro Tag. 75 Prozent der Nigerianer empfinden sich dagegen als arm. Angesichts der hohen Preise für Transport, Grundnahrungsmittel und Mieten ist das kein Wunder. In Nigeria trafen die weltweiten Preissteigerungen auf einen Markt, der wegen schlechter Wetterbedingungen ohnehin weniger als üblich produziert hatte. Dennoch blieben in Nigeria Hungeraufstände wie in zahlreichen Nachbarländern aus, wie beispielsweise in Kamerun.



Der rasante Anstieg der Lebensmittelpreise führte weite Teile der Landbevölkerung in eine noch größere Verelendung. Alle Produktionskosten

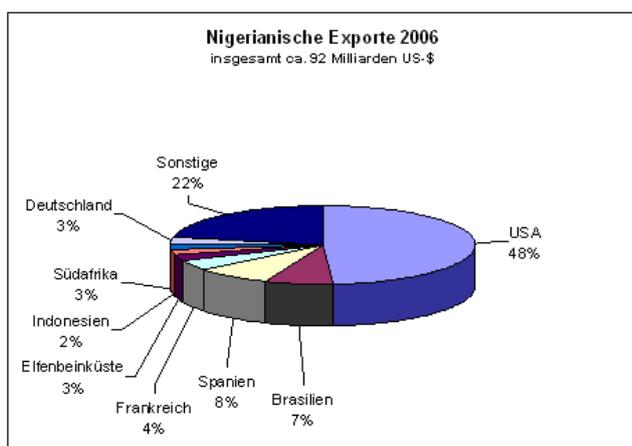
sind durch die Verdoppelung der Dieselpreise, der Elektrizitätskosten und der Transportkosten erheblich gestiegen. Die Preise für importierte Lebensmittel wie Reis, Weizen, Milch und Fisch verdoppelten sich ebenfalls. Die nigerianische Regierung reagierte umgehend und belieferte den Lebensmittelmarkt aus ihrer strategischen Reserve. Darüber hinaus importierte sie Grundnahrungsmittel und verkaufte subventionierte Düngemittel an die Farmer.



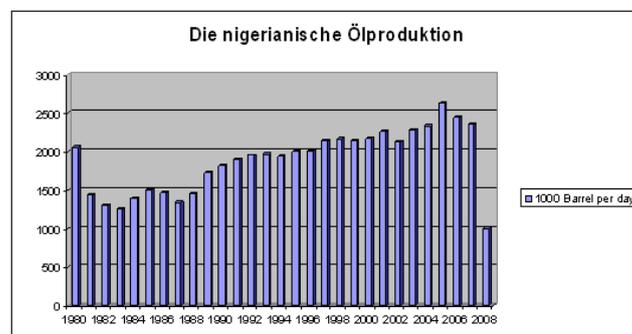
Die nigerianische Wirtschaft wächst¹ weiterhin ungestüm und liegt deutlich über dem afrikanischen Durchschnitt. Wichtige Wirtschaftszweige wie Banken, Ölindustrie und Landwirtschaft verzeichnen ein gutes Wachstum. Sie werden strukturell konsolidiert und personell verjüngt. Immer mehr gut ausgebildete nigerianische Fachkräfte kommen aus dem Ausland zurück und stärken eine kritische und gut verdienende Mittelschicht, die durch ihre Kaufkraft die Binnennachfrage anheizt. Dadurch sinkt der Anteil der Öleinnahmen am Wirtschaftsgeschehen. Auch der Außenhandel zeigt massive Zuwachsraten, gegen-

¹ Die Angaben zum Wirtschaftswachstum Nigerias differieren je nach Quelle (Nigerianische Zentralbank, Internationaler Weltwährungsfonds, Bundesamt für Außenhandel) um bis zu 1%!

über 2006 betrug sie über 30 Prozent. Nigeria hat seine Auslandsschulden komplett abgebaut und verfügt derzeit über ein Guthaben von über 60 Milliarden US-Dollar an Fremdwährungen im Ausland. Langsam macht sich eine Boomstimmung im Land breit, die an die 1970-iger Jahre erinnert, als Nigeria angesichts hoher Exporterlöse für sein Öl seine nationale Infrastruktur modernisieren konnte. Seit dem Amtsantritt von Präsident Yar'Adua und vor allem des aus dem Niger-Delta stammenden Vizepräsidenten Jonathan Goodluck gingen die Gewalt in den Ölfördergebieten und die regelmäßigen Entführungen von ausländischen Mitarbeitern zurück. Der Handel mit nigerianischen Aktien und Regierungsanleihen vervierfachte sich 2005. Makroökonomische Fundamentaldaten besagen: Ein hohes Wirtschaftswachstum, das für 2008 eine Rate von 7 bis 9 Prozent prognostiziert, eine niedrige Inflation mit 5 bis 7 Prozent, hohe Außenhandelsüberschüsse, reduzierte Ausgaben sowie die anhaltend hohen Ölpreise bieten der Regierung Yar'Adua weitreichende Handlungsspielräume.



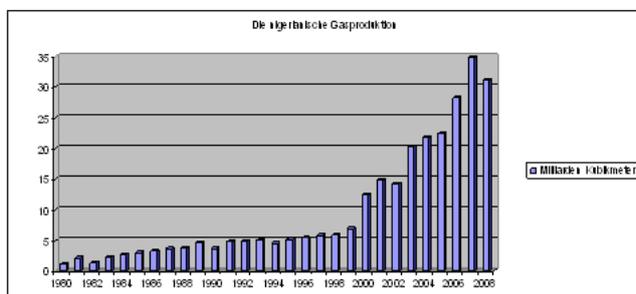
Die Realität sieht anders aus: Nach Ansicht vieler Beobachter befindet sich die nigerianische Wirtschaft in einer strukturellen Krise, deren Auswirkungen noch nicht abzusehen sind. Selbst die Planer in der Nigerianischen Zentralbank (Central Bank of Nigeria, CBN) warnen den Präsidenten zur Vorsicht, das gegenwärtige Wachstum stehe auf seichten Füßen.



Der zentrale Motor der nigerianischen Wirtschaft geriet ins Stottern. 2007 erlebte das Land einen dramatischen Rückgang der Ölförderung um rund 40 Prozent. Ende 2007 lag die Förderung bei 1,89 Millionen Barrel/Tag (mbd), trotz erschlossenen Förderkapazitäten von etwa 2,4 mbd. Im April 2008 waren es nur noch 1,5 mbd. Damit war Nigeria zum ersten Mal in seiner Geschichte nicht mehr der größte Ölproduzent Afrikas und wurde von Angola überholt. Jüngst haben die bewaffneten Angriffe auf die Ölförderanlagen im sicher gewählten offshore-Bereich ein weiteres Viertel der Produktion abgeschnitten.

Bedrohlich ist, dass im selben Zeitraum keine neuen Reserven entdeckt oder erschlossen wurden. Mit 36,2 Milliarden Barrel reichen diese

zwar angeblich für 42 Jahre, bei den geplanten Produktionssteigerungen auf 4 Milliarden Barrel pro Tag (mbd) allerdings weniger als 20 Jahre. Die eine Hälfte der Produktion geht an die USA, den Rest teilen sich Europa und Fernost. Eine nennenswerte Raffineriekapazität steht zurzeit in Nigeria nicht zur Verfügung. Die Gasproduktion Nigerias stieg im Jahr 2007 um 23 Prozent auf 35 Milliarden Kubikmeter (m³), etwa ein Fünftel der nigerianischen Energieproduktion. Der Anteil der Gasproduktion aus dem offshore-Bereich wird bei den gegenwärtigen Schwierigkeiten bei der terrestrischen Ölproduktion weiterhin zunehmen.



Nigeria verfügt mit rund 5,3 Trilliarden Kubikmeter über die siebtgrößten Erdgasreserven der Welt. Bei den gegenwärtigen Förderraten reichen die nachgewiesenen Vorräte für über 100 Jahre. Das Gas wird überwiegend verflüssigt und mit Tankern auf dem Seeweg nach Europa exportiert. Die bedeutenden Pipelines zur Verteilung von Gas im Land selbst sind überwiegend nicht in Betrieb, die Pipelines in die westafrikanischen Nachbarländer noch im Bau. In weite Ferne gerückt ist die geplante Transsahara-Leitung, mit der die nigerianischen Gasfelder über Alge-

rien direkt ins europäische Leitungsnetz liefern könnten.

Die Produktionseinbußen im Öl- und Gassektor rühren überwiegend auf gezielten Sabotageakten im Niger-Delta. Die Angriffe der Movement for the Emancipation of the Niger-Delta (MEND) im Juni 2008 auf die Produktions- und Aufbereitungsanlagen des offshore-Feldes Bonga von SHELL auf hoher See verdeutlichen das hohe Niveau der militärischen Auseinandersetzung. Die Strategie der Erdölindustrie, aus Sicherheitsgründen in den offshore-Bereich auszuweichen, hat offensichtlich keinen Erfolg. Langfristig wird es sich rächen, dass die Explorationstätigkeit nicht mehr mit der Förderung Schritt gehalten hat. Einschneidender sind die weitreichenden Pläne der Regierung, sich aus den Joint Ventures mit den internationalen Ölgesellschaften zurückzuziehen und den Ölmarkt weitgehend zu privatisieren. Schon jetzt kam die Regierung nicht mehr ihren Finanzierungsverpflichtungen aus den Kooperationsverträgen nach, so dass wichtige Anschlussinvestitionen in der Erdgasverflüssigung nicht oder zu spät getätigt worden sind. Die neue Gaspolitik der Regierung Yar'Adua wirft eine zusätzliche Schwierigkeit auf: Der Versuch, größere Gasmengen für die heimische Energieproduktion zu festen Preisen zu reservieren, hat zu einem Investitionsstau der Gasproduzenten geführt. Die Produzenten sind unter diesen Vorgaben nicht bereit, die hohen Investitionen in einem unsicheren Markt zu tätigen.

Die Krise der Öl- und Gasindustrie wird in Nigeria nicht öffentlich diskutiert. Denn noch ist unklar, wie stark die Krise ist und wie sie sich auswirkt. Die hohen Ölpreise maskieren den starken Rückgang der Ölförderung. Nur wenige Insider erkennen die langfristigen Trends in der Industrie. Sollte die nigerianische Bundesregierung dem Druck der Bundesstaaten nachgeben, die nach wie vor hohen Einnahmeüberschüsse von 12 Milliarden US-Dollar an die Bundesländer weiterzugeben, drohen Inflation und Zerstörung der nichtölgebundenen Wirtschaftszweige, vor allem des verarbeitenden Gewerbes und der nigerianischen Landwirtschaft.

Täglich spürbar ist die Energiekrise im Elektrizitätssektor. Das Land hat mit seinen rund 140 Millionen Einwohnern eine geringe Kraftwerkskapazität von etwa 3000 MW. Davon ist derzeit nur ein Drittel produktiv, also unter 1000 MW. Das entspricht 7 W pro Person, gerade genug, eine Energiesparbirne zu betreiben. Gebraucht werden im Wohnungssektor und in der Industrie mindestens 10.000 MW. Langfristig wird der Bedarf auf 30.000 bis 40.000 MW geschätzt. Die Obasanjo-Regierung hatte weitreichende Pläne mit einer Privatisierung des Sektors verbunden und insgesamt 10 bis 16 Milliarden US-Dollar in die Stromwirtschaft investiert. Dennoch verfügte sie am Ende ihrer Amtszeit über genau dieselbe Kapazität wie zu Beginn. Zahlreiche Projekte wurden wegen Fehlplanung und Korruption nie zu Ende geführt. Milliarden-Investitionen in Kraftwerke verrotten in den nigerianischen Hä-

fen. Die Gaspipelines, mit denen die überwiegend gasbetriebenen Kraftwerksneubauten versorgt werden sollten, existieren nicht oder wurden gesprengt. Ebenso fehlen notwendige Hochspannungsleitungen über Land. Das gesamte Programm wurde nach der Amtsübernahme von Präsident Yar'Adua gestoppt. Seitdem scheint er mehr mit dem Aufdecken von Planungsfehlern und Korruption seines Vorgängers beschäftigt zu sein, als Missstände zu beseitigen. Fakt ist, dass in den vergangenen zwölf Monaten keine einzige Investition getätigt und kein Projekt weitergeführt wurde, es wurden keine langfristigen Entscheidungen getroffen. Diese Politik des Stillstands bezahlt das Land mit einer Stromkrise ungeahnten Ausmaßes. Weite Teile des Landes sind von der öffentlichen Stromversorgung abgeschnitten. Die Industrie und diejenigen Teile der Bevölkerung, die es sich leisten können, versorgen sich selbst mit Strom aus Generatoren. Das ist laut und umweltschädlich. Die Kapazität der privaten Generatoren hat mittlerweile die der öffentlichen Stromversorgung überschritten. Die dadurch entstehenden Energiekosten sind enorm und führen weite Teile der nigerianischen Industrieproduktion in den Abgrund. Auch das Prestigeprojekt eines Staudammsystems auf dem Mambilla-Plateau zur Erzeugung von 2400 MW Strom wird derzeit nicht weiterverfolgt, nachdem sich der Präsident entschlossen hat, alle „Kredite gegen Ölrechte“ zu stornieren.

Oft wird der Bankensektor Nigerias als ein überzeugendes Beispiel der Konsolidierung bezeichnet. So hatte die Zentralbank die Mindestkapitalisierung der in Nigeria zugelassenen Banken deutlich auf jeweils 25 Milliarden Naira (ca. 140 Millionen Euro) erhöht und damit eine beispiellose Fusionswelle ausgelöst. An deren Ende blieben heute lediglich neun größere Geschäftsbanken mit enormem Marktpotential übrig. Sie bieten modernste Bankdienstleistungen an und können aufgrund der hohen Liquidität aus den Erdöleinnahmen auch auf einem globalisierten Kapitalmarkt bestehen. Viele expandieren zurzeit in andere afrikanische Märkte, bevorzugt in Westafrika. Dennoch stehen den hohen Vermögenswerten kaum Investitionen in die reale Wirtschaft gegenüber. Konkrete Zahlen fehlen, Beobachter gehen aber davon aus, dass nur ein Viertel des Einlagevermögens tatsächlich in Wirtschaftsbetriebe investiert wird. Der Rest bewegt sich spekulierend auf den Finanzmärkten der Region und im überhitzten Grundstücksmarkt Nigerias. Angesichts der Knappheit von Grund und Boden in den rasant wachsenden Metropolen des Landes sind die Grundstückspreise mit jeweils 30 Prozent Wachstumsraten pro Jahr gestiegen. Dieses Szenario ist bekannt: Falls die Wirtschaft nicht mehr so stark wachsen sollte, könnte die Grundstücksblase platzen, mit den aus den USA bekannten Folgen.

Die Jahre der Vorgängerregierung Obasanjo waren gekennzeichnet von rasanten strukturellen Wirtschaftsreformen, unter anderem einer

weitreichenden Privatisierung des aufgeblähten Sektors halbstaatlicher Unternehmen. Auch diese Politik kam zum Stillstand. Zu viele der Verträge, die meist in den letzten Wochen der Amtszeit von Obasanjo abgeschlossen wurden, haben sich als Mogelpackungen oder als nicht tragfähige Konzepte erwiesen. Damals machte der Präsident viele Erfolge seines Kampfes gegen die Korruption damit zunichte, indem er seine Parteigänger mit lukrativen Übernahmeverträgen der Staatsbetriebe bedachte. Viele dieser Verträge wurden rückgängig gemacht, oft jedoch mit zweifelhaften Methoden. Prominentestes Beispiel ist das Stahlwerk von Ajaokuta, dessen Investitionsruine seit 30 Jahren über 40 Milliarden US-Dollar verschlungen haben soll, ohne jemals Stahl in größerem Umfang produziert zu haben. Unter Obasanjo wurden das Werk und seine Zulieferbetriebe an eine nigerianische Holding SOLGAS für unrealistische zwei Millionen US-Dollar übergeben. Die Firma hatte keine Erfahrung im Stahlgeschäft und gab bei den ersten Schwierigkeiten auf. Der Vertrag wurde rückgängig gemacht und die Konzession freihändig an die Mittal-Gesellschaft Global Infrastructure Holdings (Nigeria) Limited (GIHL) übertragen. Auch dieser Firma gelang es nicht, im zugesagten Zeitraum die Produktion anzukurbeln. Daher widerrief die Regierung kürzlich die Konzession und übernahm das Stahlwerk erneut als Eigenbetrieb. Beide Firmen verklagen heute die nigerianische Regierung auf milliardenschwere Entschädigungen, bislang erfolgreich. Ähnliche Vorgänge sind auch aus der Ölindustrie bekannt.

Der Verkauf von Staatsanteilen an den drei Joint Ventures mit Shell, ExxonMobil and Chevron wurde rückgängig gemacht, ebenso die Erteilung von Prospektionsrechten im offshore-Bereich, vor allem an chinesische und indische Interessenten. Damit kommt ein besonders kritisches Vorgehen unter die Lupe: die Erteilung von Ölrechten gegen langfristige Kredite aus China und Indien. Der neue Präsident kündigte alle derartigen Vereinbarungen, die oft noch nicht rechtskräftig waren. Damit platzten zahlreiche Großprojekte der Infrastrukturentwicklung, für die bereits Vorverträge meist mit Firmen aus den kreditgebenden Ländern bestanden. Dies betrifft Großprojekte wie den Bau des Mambilla-Staudamms (China Gezhouba Group Corporation (CGGC), der Ausbau des Eisenbahnnetzes (China Civil Engineering Construction Corporation (CCECC) und der Autobahnen. Auch der Bankensektor profitierte davon. Die China Development Bank wollte rund 5 Milliarden US-Dollar in die nigerianische United Bank for Africa investieren. Die enge und unkritische Verbindung zwischen chinesischen Interessen und der nigerianischen Vorgängerregierung wird diesen Projekten jetzt zum Verhängnis. Darüber hinaus wird an allen großen Projekten nicht weitergearbeitet. Durch Neuplanungen und Neuausschreibungen werden mehrere Jahre ins Land gehen, bis einige von ihnen realisiert werden. Die Volkswirtschaft schrumpft, internationale Firmen geben entnervt auf. Die Gesundung der nigerianischen Infrastruktur rückt in weitere Ferne.

Gewaltsame Konflikte

Im vergangenen Jahr gab es deutlich weniger gewaltsame Auseinandersetzungen als früher. Detaillierte Statistiken existieren nicht, doch eine Auswertung der Presseberichterstattung zeigt, dass das Land in weiten Bereichen zu seiner traditionellen Toleranz in religiösen Angelegenheiten zurückgefunden hat. Die größere Unabhängigkeit der Justiz gibt den Menschen stärker als früher das Gefühl, Konflikte auf friedlichem Weg austragen zu können. Dies wurde insbesondere an der raschen und schonungslosen Aufklärungsarbeit der Wahlgerichte deutlich, die Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen aufarbeiteten. Die nigerianische Gesellschaft ist weit von einem friedfertigen Miteinander entfernt, die großen Pogrome der 1990-iger Jahre ging jedoch deutlich zurück. So zeigte sich vor allem im muslimischen Norden. Dort funktionieren zivilgesellschaftlich verankerte Konfliktlösungs- und Frühwarnsysteme deutlich besser und ersticken Spannungen frühzeitig im Keim. Früher wurde bei Konflikten oft mit staatlicher Gewalt gedroht, was wiederum neue Gewalt produzierte.

Andererseits flammen immer wieder lokale Konflikte auf. Sie entzünden sich mitunter an scheinbar nichtigen Anlässen. Armut, Arbeits- und Perspektivlosigkeit führen dazu, dass Ressourcenkonflikte rasch gewalttätig werden. Selbstjustiz ist an der Tagesordnung. Ein Beispiel: Ein reicher Nigerianer hatte einer Tankstelle eine größere Geldsumme gegeben, damit mittellose

Frauen der Umgebung günstig Kerosin zum Kochen kaufen konnten. Die Nachricht sprach sich in Windeseile herum, auch zur benachbarten Polizeidienststelle. Die wollte bei der Versorgung mit Benzin für ihre Fahrzeuge bevorzugt werden. Das erboste die wartende Menge so sehr, dass es zu einer Schlägerei mit der Polizei kam, mehrere Personen wurden getötet.

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen im Niger-Delta sehen anders aus: Kriminelle Jugendbanden verüben Sabotageakte und Entführungen, sie stehlen Öl und zerstören Produktionsstätten. Oft mit dem stillschweigenden Einverständnis und der Rückendeckung der verarmten Bevölkerung, die sich nicht ausreichend an den Erträgen aus der Öl- und Gasförderung beteiligt fühlt. Lokalpolitiker richteten Milizen ein und unterstützten sie, auf diese Weise reklamierten sie einen Teil des Ölreichtums für sich. Die Proliferation von Waffen im Umfeld der Ölgesellschaften und der nigerianischen Sicherheitskräfte führen zur Eskalation der Auseinandersetzungen. Jetzt wurde bekannt, dass auch deutsche Waffen (Heckler & Koch) bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen im Delta eingesetzt wurden. Die kürzliche Entscheidung der nigerianischen Regierung, die Ölrechte von Shell im Ogoniland einer anderen, von der dortigen Bevölkerung akzeptierten Firma zu übertragen, wird von den Ogoni als späte Rechtfertigung für ihren gewaltlosen Widerstand gewertet.

Die familiäre Gewalt ist in Nigeria ungebrochen. Insbesondere die Frauen im Norden leiden unter einem Patriarchat. Das zeigt sich unter anderem in einem niedrigen Bildungsgrad, einer höheren Müttersterblichkeit, einem schlechten Zugang zu ökonomischen Ressourcen sowie einer hohen Rate an häuslicher Gewalt gegen Frauen.

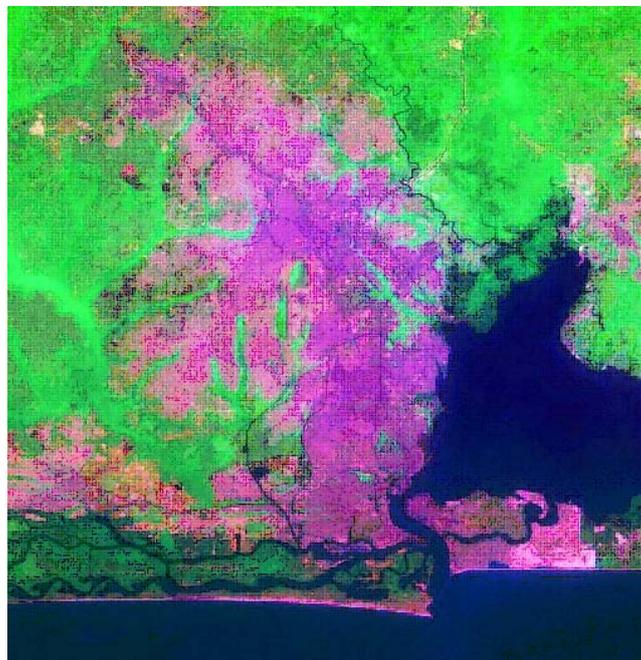
Selbst bei den heiß umkämpften Wahlen gab es kaum religiös motivierte Auseinandersetzungen. Wahlbeobachter berichteten von weit verbreiteten Einschüchterungsversuchen durch Waffengewalt. Im Vorfeld der Wahlen hatte es politisch motivierte Morde gegeben, die bis heute nicht aufgeklärt sind. An den Wahltagen selbst kamen über 100 Menschen zu Tode, die meisten von ihnen bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Milizen im Niger-Delta, deren Kämpfe nur wenig mit den aktuellen Wahlen zu tun hatten.

Klimawandel



Im September 2007 wurde der Norden Nigerias von Regengüssen ungeahnten Ausmaßes heimgesucht, die führten zu weit verbreiteten Überschwemmungen. Sie zeigen deutlich, wie sich der Klimawandel auf den Norden Nigerias auswirkt. Während die Niederschläge laut UN-Klimarat konstant bleiben oder leicht sinken, werden sich Starkregenfälle häufen.

In den nördlichen Bundesstaaten (Jigawa, Yobe, Borno) wurden ganze Dörfer weggeschwemmt, 200 Menschen starben. In Bundesstaaten wie Anambra, Taraba und Benue wurden landwirtschaftliche Nutzflächen durch Gully-Erosion zerstört. Die Böden und Flussbetten können solch hohe Abflussraten nicht aufnehmen, Farmland wurde überschwemmt, verbleibender Mutterboden und Flussufer erodierten. Es wird häufiger zu Überschwemmungen kommen als zu Dürreperioden.



Besonders dramatisch stellt sich die Situation im Süden des Landes dar. Dort treffen die Überflutungen aus dem Hinterland mit einem steigenden Meeresspiegel auf eine sinkende Küstenlandschaft. Zudem gibt es häufiger tropischer Wirbelstürme im Südatlantik, die starke Flutwellen in den Golf von Guinea drücken. Küstenerosion und die Überflutung ganzer Stadtteile der Metropole Lagos werden häufiger. Die riesigen Ölanlagen im Niger-Delta sind in Gefahr. Auf diese Bedrohungen hat die nigerianische Politik bislang nicht reagiert.

So erwacht in Nigeria spät das Bewusstsein, das die Volkswirtschaft zu 70 Prozent auf dem Export von fossilen Brennstoffen basiert, das Land aber gleichzeitig besonders stark unter dem Klimawandel leiden wird.. Selbst der Präsident spricht jetzt von der Notwendigkeit, die Wirtschaft Nigerias zu „dekarbonisieren“. Solch eine

Aussage eines nigerianischen Staatsoberhauptes wäre vor kurzem undenkbar.

So ist nicht verwunderlich, dass Nigeria eine wichtige Rolle spielt in den internationalen Klimaverhandlungen zu einem Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll. Zu den Verhandlungen der UN-Klimakonvention (UNFCCC) in Bali war die nigerianische Delegation als Sprecherin der Gruppe afrikanischer Staaten angeeignet. Die internationale Aufmerksamkeit gegenüber dem Klimawandel kommt allmählich in Nigeria an. Das nigerianische Umweltministerium hat im Vorfeld der UNFCCC-Konferenz eine 16-köpfige Sondereinheit für Klimawandel eingerichtet. Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet mit ihr eng zusammen. Mittlerweile gehört die Rede vom Klimawandel zum täglichen Sprachgebrauch des Präsidenten. In der aktuellen Wirtschaftspolitik indes ist kein Umsteuern erkennbar. Nach wie vor setzt der Präsident auf die Ausweitung der Öl- und Gasförderung, selbst ein neues Kohlekraftwerk ist geplant. Zum Entsetzen von Umweltschützern und Klimapolitikern werden Pläne zur Ausbeutung der Ölsande im Bundesstaat Ondo im Süden Nigerias aus der Schublade geholt. Diese Vorkommen könnten nach den Ölsanden in der Athabasca-Region in Alberta (Kanada) die zweitgrößten der Welt sein. Die Nigerian National Petroleum Corporation (NNPC) berichtete 1987, dass diese Sande 43 Milliarden Barrel Öl bergen.

Ausblick

Die politische Entwicklung Nigerias bewegt sich seit einigen Jahren in relativ ruhigen Bahnen. Die Aufbruchstimmung der ersten Monate unter dem neuen Präsidenten Yar'Adua ist verflogen. Es wird deutlich, dass auch er in kurzer Zeit keine grundlegenden Änderungen der politischen (Un-)Kultur des Landes erreichen kann. Stattdessen häufen sich besorgte Stimmen, ob dieser Präsident angesichts seiner angeschlagenen Gesundheit und seines geradezu „un-nigerianischen“ Führungsstils in der Lage sein wird, die volle Amtszeit zu überstehen. Auch wenn es keine akute Bedrohung seiner Regierung gibt, so scheinen die Bundesstaaten an einem Machtgewinn gegenüber der Zentralregierung zu arbeiten. Jüngste wirtschaftspolitische Entscheidungen lassen diesen Schluss zu. Die Krise im Delta spitzt sich zu, die militärische Durchsetzungsfähigkeit der Militanten nimmt zu und führt zu einer Reduktion der Öl- und Gasförderung. Dies hätte unweigerlich eine Bankenkrise zur Folge, deren Auswirkungen die gesamte Volkswirtschaft betreffen würde. Ebenso könnte ein Einbruch der Ölpreise zu einer ähnlichen Kettenreaktion führen. Nigeria ist also noch weit davon entfernt, eine makroökonomische Stabilität zu erreichen.

Die Delegation der Europäischen Union in Nigeria hat vor kurzem vorgerechnet, dass eine Effizienzsteigerung des nigerianischen Regierungshandelns um nur einen Prozent eine größere Auswirkung hätte als die gesamte internationale

Entwicklungszusammenarbeit. Insofern wird die Heinrich-Böll-Stiftung im Bereich guter Regierungsführung auch künftig eine große Rolle spielen müssen. Dabei verschiebt sich der Fokus von der reinen Budgettransparenz auf das öffentliche Beschaffungswesen von Waren und Dienstleistungen, hier liegt ein Hauptfeld der Korruptionsbekämpfung und der Effizienzsteigerung der eingesetzten staatlichen Mittel. Neben advocacy-Projekten und der Durchsetzung der Public Procurement und der Fiscal Responsibility-Gesetzgebung widmet sich die Stiftung weiterhin der Förderung kritischer Kräfte innerhalb der Zivilgesellschaft, um deren Befähigung zu stärken, die Regierung kritisch zu unterstützen.

Ähnliche Schritte unternimmt die Stiftung im neuen Politikfeld Klimawandel. Bislang unterstützte sie das Umweltministerium bei Gesetzesvorhaben (Umsetzung des Kyoto-Protokolls in nationale Gesetzgebung), bei der Vorbereitung der Zweiten Nationalen Kommunikation der UNFCCC, beim Entwurf einer Adaptionsstrategie und mit der Fortbildung von Beamten der Zentralregierung und einiger Bundesstaaten im Klimaschutz. Parallel finden zahlreiche Maßnahmen der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit statt, um die breite Bevölkerung über die Zusammenhänge im Klimaschutz zu informieren. Ein populärwissenschaftlicher Dokumentarfilm zum Klimawandel in Nigeria wird derzeit gedreht, er soll über die nationalen und lokalen Fernsehsender verbreitet werden. CO₂-Einsparungen und Armutsbekämpfung werden

mit der Einführung von energiesparenden Holzkochöfen erreicht.

Die nigerianische Politik weist ein besonderes Paradox auf: Je basisnäher Politik auf der Ebene der Gemeinde und Bundesstaaten stattfindet, desto geringer ist der Frauenanteil in Wahlämtern (Parteien, Gemeinderäte, Parlamente) und Regierungspositionen (Minister, Staatssekretäre). Insgesamt ist der Anteil von Frauen in den Strukturen der formalen Demokratie mit 4 bis –8 Prozent gering. Selbst im Parlament sind nur wenige Frauen vertreten: in der Nationalversammlung 7 Prozent, im Senat (Oberhaus) 8 Prozent. Nigeria rangiert damit an Stelle 117 aus 189 Wahldemokratien und ist mit Abstand afrikanisches Schlusslicht. Die Heinrich-Böll-Stiftung bemüht sich in Kooperation mit nigerianischen Frauenorganisationen darum, nicht nur den Frauenanteil in den Parlamenten zu erhöhen, sondern auch eine stärkere Beachtung frauenspezifischer Belange bei der Budgetierung und Durchführung von Regierungsprojekten zu erreichen. Unter Umständen kann damit auch ein Wechsel im Politikstil erreicht und die Korruption gesenkt werden.

Angesichts der Veränderung der Gewaltszenarien in Nigeria konzentriert sich die Stiftung auf die Gewaltprävention vor allem im Norden des Landes und unterstützt Frauenorganisationen bei der Stärkung der Rolle von Frauen bei friedensschaffenden Maßnahmen. Dabei geht es um die Einrichtung von Frühwarnsystemen, um

mehr Toleranz in der Familie und um die Absicherung von Toleranz zwischen den Religionen. Vor allem im muslimischen Norden erscheint dies als eine besondere Herausforderung. In einem Forschungsprojekt gemeinsam mit dem United Nations Research Institute on Social Development (UNRISD) in Genf gehen nigerianische Forscherinnen dem Zusammenhang zwischen „Gender, Religion und Macht“ nach.

Quellen

David Nellor, IMF Africa Department, Feb. 2008: Nigerian Annual IMF Economic Assessment: Nigeria Needs Sustained Reforms to Build on Success. – Zitiert nach <http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2008/CAR021508A.htm>

International Monetary Fund, February 2008: IMF Country Report No. 08/64 - Nigeria: 2007 Article IV Consultation, zitiert nach <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2008/cr0864.pdf>

Lauren Ploch, Analyst in African Affairs, Foreign Affairs, Defense, and Trade Division, Congressional Research Service, Updated January 30, 2008: Nigeria: Current Issues – Zitiert nach <http://opencrs.cdt.org/document/RL33964>

Food Crises Prevention Network (FCPN): Food Situation in the Sahel and West Africa: Issues linked to the rise in prices of food products – Note 16, January 2008. Zitiert nach <http://www.oecd.org/dataoecd/31/38/40132400.pdf>

FAO Global Information and Early Warning System on Food and Agriculture (World Food Programme). 9 April 2008: Markets, Prices, Food Situation And Prospects For Benin, Niger And Nigeria – Zitiert nach

<http://www.fao.org/docrep/010/ai464e/ai464e00.htm>

Global Integrity Scorecard: Nigeria 2007

Energy Information Administration (EIA), 2008: Nigeria Energy Data, Statistics and Analysis - Oil, Gas, Electricity, Coal – Zitiert nach http://tonto.eia.doe.gov/country/country_energy_data.cfm?fips=NI

Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai), Mai 2008: Wirtschaftsdaten kompakt: Nigeria. Zitiert nach https://www.bfai.de/ext/anlagen/MktAnlage_5759.pdf?show=true

Weltbank Country Brief Nigeria 2007: Zitiert nach: <http://go.worldbank.org/FIIOT240K0>

Abkürzungen

AU	African Union	ICPC	Independent Corrupt Practices Commission, Unabhängige Antikorruptionsbehörde
bfai	Bundesagentur für Außenwirtschaft	IMF	International Monetary Fund
BMPIU	Budget Monitoring and Price Intelligence Unit	INEC	Independent National Election Commission, Unabhängige Nigerianische Wahlkommission
CBN	Central Bank of Nigeria,	IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
CCECC	China Civil Engineering Construction Corporation	MEND	Movement for the Emancipation of the Niger-Delta
CGGC	China Gezhouba Group Corporation	NEEDS	National Economic Empowerment and Development Strategy
CNOOC	China National Overseas Oil Corporation Ltd.	NEITI	Nigerian Extractive Industries Transparency Initiative
CREN	Council for Renewable Energy in Nigeria	NEPA	Nigerian Energy Power Agency
ECOWAS	Economic Community of West African States	NJC	National Judicial Council
EFCC	Economic and Financial Crimes Commission	NNPC	Nigerian National Petroleum Corporation
EITI	Extractive Industries Transparency Initiative	OPEC	Organization of Oil Exporting Countries
EPA	Economic Partnership Agreement	PHCN	Power Holding Company of Nigeria
EU	European Union	PDP	People's Democratic Party
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations	UNFCCC	United Nation's Framework Convention on Climate Change
FCT	Federal Capital Territory, Abuja und Umgebung	UNRISD	United Nations Research Institute on Social Development
FCPN	Food Crises Prevention Network		
GIHL	Global Infrastructure Holdings (Nigeria) Limited		
HBF	Heinrich Böll Foundation		